



Swico Sessionsrückblick Herbstsession 2026

Geschäft	Swico-Empfehlung	Entscheid	
Mo. Juillard. Cybersicherheit und digitale Souveränität. Eine nationale Roadmap für den Übergang zur Post-Quanten-Kryptografie in der Schweiz	Annahme ohne Unterstützungsforderung	Annahme ohne Unterstützungsforderung	✓
Mo. Götte. Es braucht griffige Massnahmen gegen die missbräuchliche Verwendung von schweizerischen Domains!	Ablehnung	Annahme	✗
BRG. Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz	Eintreten	Eintreten	✓
Mo. Juillard. Für eine souveräne digitale Infrastruktur in der Schweiz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz	Ablehnung	Annahme	✗
Mo. SPK-S. Die Verfassung braucht einen Digitalisierungsartikel.	Annahme	Annahme	✓

Geschäfte im Ständerat**26.3628 Mo. Juillard. Cybersicherheit und digitale Souveränität. Eine nationale Roadmap für den Übergang zur Post-Quanten-Kryptografie in der Schweiz**

Darum geht es: Quantencomputer könnten in einigen Jahren die Verschlüsselungen knacken, die heute Zahlungen, Kommunikation und elektronische Signaturen schützen. Das Risiko besteht bereits jetzt, denn Daten lassen sich heute abfangen und später entschlüsseln. Der Bundesrat soll deshalb einen nationalen Fahrplan für den Umstieg auf neue, quantensichere Verschlüsselungsverfahren erarbeiten, die sogenannte Post-Quanten-Kryptografie. Besonders gefährdete Anwendungen sollen bis 2030 umgestellt sein, die übrigen kritischen Systeme bis 2035. Ursprünglich verlangte die Motion zudem, dass der Bund Kantone, KMU, Hochschulen und Unternehmen bei der Umstellung unterstützt, verbunden mit dem Ziel einer stärkeren digitalen Souveränität.

Das findet Swico: Annahme ohne Unterstützungsforderung. Wer früh und koordiniert umstellt, schützt kritische Infrastrukturen und schafft Planungssicherheit für Unternehmen, sofern keine Doppelstrukturen und unnötigen Vorgaben entstehen. Wichtig ist, dass die Privatwirtschaft mit ihrer Expertise einbezogen wird. Die zusätzliche Unterstützungsforderung lehnte Swico ab. Sie vermischt eine Sicherheitsfrage mit der Debatte um digitale Souveränität, die bereits in einer anderen Motion geführt wird (vgl. unten 24.3209). Der Bundesrat kam zum gleichen Schluss.



Entscheid und Einschätzung: Entscheid im Sinne von Swico. Der Motionär verzichtete auf die Unterstützungsforderung, und der Ständerat hat die Motion ohne diesen Teil angenommen. Nun berät die zuständige Kommission des Nationalrats.

24.4393 Mo. Götte. Es braucht griffige Massnahmen gegen die missbräuchliche Verwendung von schweizerischen Domains!

Darum geht es: Wer eine «.ch»- oder «.swiss»-Domain registriert, soll sich künftig ausweisen müssen. Zudem sollen Behörden Domains auch über Malware und Phishing hinaus sperren können.

Das findet Swico: Swico unterstützt das Ziel, Domain-Missbrauch einzudämmen, **lehnt aber eine flächendeckende Identifikationspflicht ab.** Bei 2.6 Mio. Domainhaltern und rund 310'000 Neuregistrierungen pro Jahr steht der Aufwand angesichts der tiefen Missbrauchsrate in keinem Verhältnis zum Sicherheitsgewinn. Die Schweiz ginge damit weiter als die EU. Zudem fehlt Unternehmen auf absehbare Zeit eine digitale Identifikationslösung, weil sich die E-ID verzögert. Wirksame Massnahmen prüft der Bund bereits in der Revision des Fernmeldegesetzes. Swico unterstützte deshalb den Kompromiss, den der Ständerat in der ersten Beratung einstimmig beschlossen hatte und der auf die Identifikationspflicht verzichtete.



Entscheid und Einschätzung: Der Ständerat hat die Motion unverändert angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Swico bedauert den Entscheid. Wie bereits in der Empfehlung für diesen Fall gefordert, setzt sich Swico nun für eine möglichst unbürokratische und praxistaugliche Umsetzung ein.

Geschäfte im Nationalrat

25.049 BRG. Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz

Darum geht es: Der Bund soll eine nationale Mobilitätsdateninfrastruktur (MODI) aufbauen. Öffentliche und private Akteure sollen darüber Mobilitätsdaten sicher austauschen und verknüpfen können. So lassen sich Angebote und Infrastrukturen effizienter planen und nutzen. Der Ständerat hatte es in der Sommersession abgelehnt, die Vorlage überhaupt zu beraten.

Das findet Swico: Vorlage beraten. Ohne Koordination durch den Bund bleiben teure Datensilos mit unterschiedlichen Standards und Schnittstellen bestehen. Offene Fragen, etwa zur Finanzierung, lassen sich nur in der Detailberatung klären. Ein Nein zur Beratung hätte jede Verbesserung verhindert. Zugleich fordert Swico Anpassungen: Die MODI soll eine neutrale Plattform für den standardisierten Datenaustausch sein, ohne Datensammlung durch den Bund und ohne Steuerung des Mobilitätsverhaltens. Im Zentrum müssen Kundennutzen und Innovation stehen.



Entscheid und Einschätzung: Entscheid im Sinne von Swico. Der Nationalrat will die Vorlage weiterhin beraten. Nun entscheidet der Ständerat erneut. Bleibt er bei seinem Nein, ist die Vorlage vom Tisch.

24.3209 Mo. Juillard. Für eine souveräne digitale Infrastruktur in der Schweiz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz

Darum geht es: Der Bundesrat soll eine Gesetzesrevision vorlegen. Damit soll der Bund zusammen mit Kantonen, Forschung und Privatwirtschaft eine eigenständige digitale Infrastruktur samt Cloud-Diensten und Austauschplattformen aufbauen, mitfinanzieren und steuern können.

Das findet Swico: Ablehnung. Digitale Souveränität heisst Kontrolle, nicht staatliches Eigentum. Mit dem EMBAG, dem Informationssicherheitsgesetz, der Cloud-Strategie inklusive Swiss Government Cloud und der Modernisierung des Polycom-Netzes verfügt der Bund bereits über weitreichende Grundlagen. Zusätzlicher Handlungsbedarf ist nicht ausgewiesen, und die Kostenfolgen sind unklar. Auch der Bundesrat lehnte die Motion ab.



Entscheid und Einschätzung: Der Nationalrat hat die Motion wie zuvor der Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Swico bedauert den Entscheid. Wie bereits vor der Session gefordert, verlangt Swico nun für die Umsetzung eine vertiefte Prüfung von Zielen, Instrumenten und Kosten. Neben sicherheitspolitischen Aspekten sollen dabei auch wirtschafts-, technologie- und finanzpolitische Überlegungen Gewicht erhalten.

26.3005 Mo. SPK-S. Die Verfassung braucht einen Digitalisierungsartikel.

Darum geht es: Der Bundesrat soll einen Digitalisierungsartikel für die Bundesverfassung vorlegen. Der Bund erhielte damit die Kompetenz, unter Mitwirkung von Kantonen, Städten und Gemeinden wesentliche Standards für alle Gemeinwesen verbindlich festzulegen, etwa für den Datenaustausch zwischen Behörden. Grundlage sind die Prinzipien der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS).

Das findet Swico: Annahme. Ein Digitalisierungsartikel stärkt die Koordination zwischen Bund und Kantonen bei digitalen Projekten. Mit einheitlichen Standards fließen Daten reibungslos zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Nicht jeder Kanton muss dieselbe Lösung selbst entwickeln, und Bevölkerung und Unternehmen müssen ihre Angaben nicht mehrfach einreichen. Die Motion übernimmt die Anliegen der Motion Würth (24.4045) vollständig.



Entscheid und Einschätzung: Entscheid im Sinne von Swico. Der Nationalrat hat die Motion wie zuvor der Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Gemäss seinen Jahreszielen will der Bundesrat 2027 die Vernehmlassung eröffnen.